

## **T01** TO

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 07.07.2021  
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung und Formalia

### **Antragstext**

- 1 TOP 1 Begrüßung und Formalia
- 2 TOP 2 Eine solidarische Klimapolitik ist möglich
- 3 TOP 3 Politische Aussprache
- 4 TOP 4 Anträge
- 5 TOP 5 Verschiedenes

## **L1NEU** Eine solidarische Klimapolitik ist möglich

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 07.07.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Eine solidarische Klimapolitik ist möglich

### **Antragstext**

#### **1 Klimaschutz geht nur solidarisch.**

2 In über einem Jahr Pandemie haben wir als Gesellschaft außergewöhnliche  
3 Erfahrungen gemacht - in jeder Hinsicht. Wir haben erlebt, wie sich  
4 Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter verschärft haben. Bereits  
5 benachteiligte Gruppen gerieten in der Pandemie noch stärker ins Hintertreffen.  
6 Junge Menschen verpassten soziale Erlebnisse, die Inzidenzwerte waren in  
7 wirtschaftlich und sozial benachteiligten Stadtvierteln in allen Großstädten  
8 deutlich höher. Care-Arbeit wurde durch höhere Ansteckungsrisiken erschwert.  
9 Durch die Einschränkung sozialer Kontakte haben Probleme wie soziale und  
10 psychische Krisen sowie Gewalterfahrungen zugenommen und Menschen sind einsamer  
11 geworden.

12 Wir haben aber auch gesehen, wie wir gemeinsam in einer nie dagewesenen  
13 Geschwindigkeit Veränderungen herbeiführen können. Wir haben uns gegenseitig  
14 geschützt und haben enorme Ressourcen aufgebracht, um Arbeitsplätze,  
15 Soloselbstständige und ganze Wirtschaftszweige zu bewahren.

16 Auch die Klimakrise und die damit verbundenen notwendigen Veränderungen treffen  
17 nicht alle Menschen gleich. Menschen im globalen Süden, die weniger  
18 Möglichkeiten haben, sich gegen neue Risiken zu schützen und mit größeren  
19 Umweltkatastrophen konfrontiert werden, haben eine deutlich größere Last zu  
20 tragen als Menschen in den hochentwickelten Industrieländern. Auch hier in  
21 Deutschland und im Bundesland Bremen werden manche Gruppen härter getroffen als  
22 andere: Junge Menschen, die länger mit den Folgen des Klimawandels leben müssen,  
23 ältere Menschen, für die Hitze lebensbedrohlich werden kann, ärmere Menschen,  
24 die in schlechter gedämmten Häusern oder an viel befahrenen Straßen wohnen oder  
25 stärker von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Stürmen betroffen sind.  
26 Für Menschen mit niedrigen oder nicht vorhandenen Bildungsabschlüssen führt  
27 Wandel oftmals zu einer beruflichen und damit existenziellen Bedrohung. Die  
28 Konsequenz: Die Armutsschere geht weiter auseinander.

29 Es stellt sich deshalb die Frage, wie wir Kinder und Jugendliche, Menschen mit  
30 niedrigen Einkommen aus strukturschwachen Regionen/Stadtteilen, mit Migrations-  
31 bzw. Fluchterfahrungen, ältere Menschen, chronisch Kranke oder mit niedrigen  
32 Bildungschancen, mit zukunftsunsicheren oder gar zukunftsuntauglichen  
33 Arbeitsplätzen so in die Bekämpfung der Krise einbinden können, dass wir auf der  
34 einen Seite CO<sub>2</sub>-Emissionen erfolgreich senken und gleichzeitig unsere  
35 gesellschaftlichen Strukturen solidarischer, gerechter und nachhaltiger  
36 gestalten können.

#### **37 Es gibt auch Grund für Optimismus**

38 Wenn wir den Klimawandel konsequent bekämpfen und die Transformation  
39 gleichzeitig nutzen, um eine gerechtere Gesellschaft zu formen, haben wir allen  
40 Grund für Optimismus. Denn dieser Wandel bietet auch eine Vielzahl von Chancen.  
41 Dazu müssen wir uns als Gestalter\*innen begreifen, die die Herausforderung  
42 annehmen und dabei verschiedene Ziele miteinander verbinden. In einem Moment, in  
43 dem der Status-Quo so massiv infrage gestellt wird wie heute, lassen sich neue  
44 Modelle entwickeln und Dinge erreichen, die noch vor Kurzem unvorstellbar waren.  
45 Auf diesem Weg wollen wir niemanden zurücklassen. Eine Gesellschaft, die den  
46 Klimawandel meistern will, muss in diesem Wandel umso mehr einen Platz für alle  
47 Menschen bieten, um Sicherheit und Vertrauen zu schaffen.

48 Deshalb fordern wir in unserem Wahlprogramm für die Bundestagswahl, eine neue  
49 Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz einzuführen. Für  
50 zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir  
51 nötige Mindeststandards formulieren. Bei dem Ausbau dieser Strukturen, die es  
52 benachteiligten Gruppen überhaupt erst ermöglicht, klimafreundlich zu arbeiten,  
53 mobil zu sein und zu leben, müssen wir schneller werden.

54 Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir eine Politik betreiben, die Prozesse  
55 **beschleunigt**, um in der Krisenbekämpfung effektiver zu werden und schneller  
56 greifbare und positive Erfahrungen zu erzeugen.

57 Wir müssen eine Politik betreiben, die **solidarisch** ist und die unterschiedlichen  
58 Lebenswirklichkeiten und Lebensentwürfe vieler unterschiedlicher Menschen  
59 respektiert, sie zu einer Stärke dieses Landes macht und Sicherheit gibt.

60 Und wir müssen eine Politik betreiben, die **vorausschauend** agiert und so die  
61 Krise und ihre Folgen bereits im Vorfeld begrenzt, anstatt lediglich reagieren  
62 zu können.

63 Viele dieser Weichen werden dafür auf Bundesebene gestellt. Deshalb ist diese  
64 Bundestagswahl die entscheidende Wahl, wenn wir einen Aufbruch gestalten wollen,  
65 anstatt weiterhin im Status quo zu verharren und unsere Zukunft aufs Spiel zu  
66 setzen.

67 Wir stehen für eine solidarische Klimapolitik. Folgende zentrale Handlungsfelder  
68 möchten wir mit diesem Antrag beleuchten, die wir auf Länderebene ebenso wie auf  
69 Bundes- und Europaebene besonders effektiv gestaltet können:

## 70 **1 Bildung**

71 Ohne grundlegende Veränderungen im Bildungssystem werden wir die Klimakrise  
72 nicht meistern können. Denn eine Veränderung der Grundlagen des Zusammenlebens  
73 baut auf dem Erwerb von Wissen und neuen Kompetenzen auf. Bildungsexperten\*innen  
74 betonen, dass die Klimakrise nicht neue Schulfächer erfordert, sondern eine **neue**  
75 **Kultur der gemeinschaftlichen Entwicklung** neuer Konzepte. **Digitalisierung** spielt  
76 dabei eine besondere Rolle als Transformatorin, die neue Formen der Kooperation  
77 weit über das eigene Klassenzimmer hinaus möglich macht.

78 Es liegt auf der Hand, dass die Kinder und Jugendlichen für die Zukunft besser  
79 gerüstet sind, die gelernt haben, mit Wandel umzugehen und die entsprechenden  
80 Kompetenzen beherrschen. Wir dürfen den Fehler aus der Coronakrise, dass die  
81 Bildungsschere noch weiter auseinandergegangen ist, in der Klimakrise nicht  
82 wiederholen.

83 **Wir fordern:**

- 84 • eine grundlegende Überarbeitung von Lehrplänen mit dem Ziel, Wissen,  
85 Kompetenzen und neue Formen der Zusammenarbeit im Hinblick auf den Kampf  
86 gegen den Klimawandel und Digitalisierung in jedes Schulfach zu  
87 integrieren und untereinander zu verknüpfen. Klimathemen und die  
88 entsprechenden Kompetenzen sollen dabei Bestandteil von Prüfungen werden.
- 89 • die Integration des Querschnittsthemas Klimawandel in die Ausbildung von  
90 Lehrer\*innen sowie die Entwicklung einer Fortbildungsoffensive für  
91 Lehrer\*innen.
- 92 • die Einrichtung einer Professur für Sachunterricht und Bildung für  
93 nachhaltige Entwicklung für alle Schulformen sowie vorschulische Bildung.
- 94 • den Ausbau der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich Bildung, um  
95 die zunehmende soziale Spaltung wirksam bekämpfen zu können. Wir wollen  
96 darauf hinwirken, dass Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) im  
97 Hinblick auf digitale Teilhabe und qualifizierte Lernförderung ausgeweitet  
98 und über den Sozialhaushalt des Bundes abgesichert werden.
- 99 • die Einrichtung von Pilotschulen und Pilot-Kitas sowie eines Portals für  
100 den Austausch von Best-Practice-Beispielen für neue Formen der Vermittlung  
101 und Zusammenarbeit im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung und  
102 Digitalisierung.

## 103 **2 Beschleunigung von Verfahren**

104 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass auch tiefgreifende Veränderungen in sehr  
105 kurzer Zeit umsetzbar sind. Schutzausrüstung und Atemgeräte wurden innerhalb  
106 kürzester Zeit eingekauft, digitale Arbeitsweisen wurden innerhalb von Wochen  
107 etabliert und neue soziale Normen wurden eingeübt. Für den Kampf gegen den  
108 Klimawandel spielt Geschwindigkeit eine ebenso wichtige Rolle: Jedes Jahr, in  
109 dem Klimaschutzmaßnahmen früher umgesetzt werden, sparen sie direkt wertvolle  
110 CO<sub>2</sub>-Emissionen ein. Das Bundesverfassungsgericht hat mehr als deutlich gemacht,  
111 dass wir schneller werden müssen, die vereinbarten Klimaziele zu erreichen und  
112 zukünftige Generationen zu schützen.

113 **Wir fordern** deshalb,

- 114 • die staatlichen Prozesse so zu umzugestalten, dass die hierfür  
115 erforderlichen Prozesse schneller abgeschlossen werden. In einem ersten  
116 Schritt soll daher eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet  
117 werden, die hierzu Vorschläge im Rahmen des bestehenden Rechts erarbeitet.  
118 Parallel sollen gebotene Änderungen der bestehenden Verfahrensvorschriften  
119 auf Landesebene und Vorschläge für Änderungen auf Bundesebene z.B. in Form  
120 einer Bundesratsinitiative erarbeitet werden. Bremen als Zweistädtestaat  
121 kann hier das Labor für notwendige Änderungen sein.

## 122 **3 Mobilität**

123 Wenn wir eine Verkehrswende, eine Energiewende und einen Wandel hin zu einer  
124 sozial-ökologischen Wirtschaft wollen, müssen wir anerkennen, dass  
125 beispielsweise ein Leben ohne Auto einfacher ist, wenn man in einer Region oder  
126 einem Viertel lebt, das gut an den ÖPNV angebunden ist.

127 Die Abhängigkeit vom Auto in unseren beiden Städten muss deshalb so weit wie  
128 möglich reduziert werden – für Bewohner\*innen und Autofahrer\*innen ebenso wie

129 für Menschen ohne Auto. Insbesondere Kinder, Jugendliche und ältere Personen  
130 müssen gleichberechtigt mobil sein können. Wir fordern im Bundestagswahlprogramm  
131 deswegen eine sogenannte »Mobilitätsgarantie« für alle Menschen. Im Land Bremen  
132 muss deshalb der ÖPNV insbesondere in den äußeren Stadtteilen mit schlechter  
133 Anbindung massiv ausgebaut werden. Gemeinsam mit den Nachbargemeinden im  
134 Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen muss zudem der Takt in die  
135 Region erhöht werden.

136 **Wir fordern** deshalb:

- 137 • eine deutliche Angebots- und Qualitätsverbesserung für den ÖPNV. Denn  
138 entscheidend für den Umstieg auf den ÖPNV ist nicht nur der Preis, sondern  
139 vor allem eine bessere Taktung, mehr Verbindungen, ein einfacher Wechsel  
140 zwischen Verkehrsmitteln und ein erhöhter Komfort. Dazu muss der Stadt-  
141 und Regionalverkehr besser aufeinander abgestimmt werden. Regional- und  
142 Stadtbushlinien müssen auch ohne hohe Auslastung zuverlässig an jedem  
143 Wochentag regelmäßig mindestens einmal in der Stunde verkehren – in den  
144 Hauptzeiten im 30-Minuten-Takt. Digitale Echtzeit-Anzeigen müssen auf  
145 allen Buslinien eingeführt werden. Es ist offensichtlich, dass diese  
146 Aufgabe so groß ist, dass sie nicht aus dem bestehenden Haushalt gestemmt  
147 werden kann. Eine sozial gerechte Finanzierung soll deshalb in einem  
148 Mobilitätsgesetz geregelt werden, das für mehr Verkehrsträgergerechtigkeit  
149 und eine entsprechende Lenkungswirkung sorgt.
- 150 • eine stärkere Beteiligung des Bundes am Ausbau des ÖPNV. Denn die  
151 Verkehrswende ist eines der entscheidenden Projekte bei der Erreichung der  
152 Klimaziele von Paris, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland  
153 verpflichtet hat. Deshalb muss die Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus im Rahmen  
154 der Gemeinschaftsaufgabe »Regionale Daseinsvorsorge« und einer von uns im  
155 Bundeswahlprogramm geforderten »Zukunfts- und Ausbauoffensive« neu  
156 geregelt werden, sodass die selbst gesteckten Ziele tatsächlich erreicht  
157 werden können.
- 158 • eine Prämie für Menschen, die ihr Auto abschaffen wollen bzw. bereits  
159 jetzt schon keines haben und gerne klimafreundliche Mobilitätsangebote  
160 nutzen wollen. Entsprechend dem Vorbild der Gemeinde Denzlingen bei  
161 Freiburg soll die Prämie in Form eines Zuschusses für die Anschaffung  
162 eines Fahrrades, E-Bikes, die Nutzung von Carsharing-Angeboten, ÖPNV oder  
163 einer Bahncard gezahlt werden. Gerade für Menschen mit kleineren  
164 Einkommen, kann ein solches Angebot attraktiv sein, um kostengünstiger und  
165 klimafreundlicher mobil zu sein. Auch wenn manche Menschen von diesem  
166 Angebot nicht profitieren können, ist jede eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> ein  
167 wichtiger Schritt.

#### 168 **4 Gesundheit**

169 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Durch extreme Wetterlagen und Hitzewellen  
170 ergeben sich neue gesundheitliche Gefahren für ältere,  
171 gesundheitsbeeinträchtigte und armutsgefährdete Menschen. Aber auch junge  
172 Menschen werden in ihrem Leben beeinträchtigt, wenn das Leben im öffentlichen  
173 Raum durch Hitze eingeschränkt wird. Wir fordern deshalb in unserem  
174 Bundeswahlprogramm einen Sonderfonds zur Umsetzung von Hitzeaktionsplänen.

- 175 • Die letzten Hitzesommer haben einen düsteren Blick auf die Zukunft gerade  
176 von älteren Menschen geworfen. Überhitzung und die Belastungen für  
177 Menschen mit Vorerkrankungen führen zu einer höheren Sterblichkeit. Das  
178 können wir vermeiden. Wir dürfen die älteren Menschen nicht vergessen, die  
179 zuhause leben. Deshalb muss die aufsuchende Altenarbeit stärker ausgebaut  
180 werden, um alten Menschen in ihrem Alltag zu begleiten und ihnen  
181 Sicherheit zu geben.
- 182 • Umbau von Pflegeeinrichtungen, um Hitzetote zu vermeiden:  
183 Wir brauchen einen Klimafonds auf Bundesebene, um Pflegeeinrichtungen und  
184 Krankenhäuser umzubauen und so Menschen vor den Folgen des Klimawandels  
185 stärker zu schützen.
- 186 • Gesundheitsämter vor Ort stärken, Digitalisierung ausbauen:

187 Ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst ist die beste Prävention. Deshalb  
188 muss die Dezentralisierung in den Stadtteilen für Gesundheitsversorgung  
189 ausgeweitet werden, um gerade ärmere Menschen, die anfälliger sind zu erreichen.  
190 Außerdem müssen 1% der Gesundheitsausgaben im Bund in den öffentlichen  
191 Gesundheitsdienst fließen, um ihn zu stärken.

- 192 • Seelische Gesundheit ist eine Basis für körperliche Gesundheit, soziale  
193 Teilhabe und vor allem Lebensqualität. Doch immer mehr Menschen fühlen  
194 sich einsam und leiden psychisch darunter oder haben andere psychische  
195 Erkrankungen. Deshalb brauchen wir mehr Kassenzulassungen für  
196 Psychotherapeut\*innen, um so mehr ambulante Psychotherapieplätze zu  
197 schaffen. Als solidarische Gesellschaft brauchen wir aber auch mehr Orte  
198 der Gemeinsamkeit, deswegen wollen wir unsere Quartiere als Gemeinsam-  
199 statt-Einsam-Quartiere weiterentwickeln.
- 200 • Bremen bleibt cool – Schaffung von öffentlichen Orten mit viel Grün,  
201 Schatten und hoher Aufenthaltsqualität in allen Stadtteilen.  
202 Freizeitgestaltung im Außenbereich hat in der Pandemie einen neuen  
203 Stellenwert erhalten. Stadtplanung muss so ausgerichtet werden, dass das  
204 auch in Zukunft noch möglich ist und unsere beiden Städte Orte für junge  
205 und alte Menschen bieten, sich zu treffen und dabei vor Hitze geschützt zu  
206 sein. Dafür brauchen wir mehr öffentliches Grün, mehr Flächenentsiegelung  
207 und eine Umverteilung des öffentlichen Raums. Wir wollen den Spaß am  
208 öffentlichen Raum erhalten. Bremen und Bremerhaven sollen deshalb auch  
209 beispielbare Städte sein, die auch den Kleinsten in unserer Gesellschaft  
210 einen Ort zum gemeinsamen Spielen geben.

## 211 5 Wohnen

212 Notwendige Maßnahmen für den Klimaschutz haben soziale Folgen im Bereich des  
213 Wohnens. Steigende Energiekosten und notwendige Umbaumaßnahmen müssen so  
214 abgefedert werden, dass Menschen mit kleinen Einkommen nicht über Gebühr  
215 belastet werden. Maßnahmen sollen so umgesetzt werden, dass die soziale Schere  
216 in Zukunft wieder zusammengeht, anstatt wie bisher immer weiter  
217 auseinanderzuklaffen.

- 218 • Der Anstieg von Energiekosten führt dazu, dass Menschen mit geringen  
219 Einkommen zunehmend Probleme bekommen, ihre laufende Haushaltsenergie zu  
220 bezahlen, insbesondere wenn sie mit hohen Nachforderungen konfrontiert

221 werden. Mit der Einführung des von den Grünen geforderten Energiegeldes  
222 werden Geringverdiener\*innen und Familien gezielt entlastet. Wir fordern  
223 darüber hinaus einen bundesrechtlichen Rahmen, der den Grundbedarf für  
224 Energie günstiger zur Verfügung stellt.

- 225 • Mit dem sogenannten Drittelmodell wollen wir die Kosten für  
226 klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter\*innen, Staat und  
227 Mieter\*innen fair verteilen, sodass sie für alle bezahlbar werden und  
228 gleichzeitig wirtschaftlich bleiben. Mit gezielten Förderprogrammen kann  
229 die Umlage der Modernisierungskosten für Mieter\*innen auf 1,5 Prozent im  
230 Jahr reduziert werden. Für Mieter\*innen wird diese geringe Erhöhung durch  
231 Einsparungen bei den Energiekosten ausgeglichen und für Vermieter, bei  
232 denen die Fördermittel verbleiben, sind die Umbaumaßnahmen wirtschaftlich.

## 233 **6 Wirtschaft und Arbeiten**

234 Für unsere Wirtschaft besteht die große Chance, sich im Wandel  
235 Wettbewerbsvorteile zu sichern. Klimaschutz ist heute auch eine gute  
236 wirtschaftliche Investition in die Zukunft. Wir müssen jetzt beginnen, gemeinsam  
237 mit der industriell geprägten Wirtschaft Wasserstoff als Energieträger und  
238 Speichertechnologien für Energie aus Sonnen- und Windkraft zu entwickeln.  
239 Deshalb wollen wir mit dem »Industriepakt« Unternehmen, die sich auf den Weg zur  
240 Klimaneutralität machen, unterstützen und die notwendige Planungssicherheit  
241 geben.

242 Andererseits ist bereits jetzt klar, dass der Klimawandel einen großen  
243 Strukturwandel auslösen wird. In der Folge werden nicht nur neue Technologien  
244 und Arbeitsplätze entstehen. Wir müssen deshalb bereits heute dafür sorgen, dass  
245 Arbeitnehmer\*innen die sozial-ökologische Transformation für sich nutzen können  
246 und auch weiterhin zukunftssichere Jobs haben werden.

### 247 **Wir fordern** deshalb:

- 248 • einen Bildungspakt zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Denn  
249 es werden nicht alleine Investitionen in neue Technologien sein, die den  
250 Strukturwandel zu einem Erfolg machen werden. Ebenso wichtig sind  
251 Investitionen in Köpfe und die Menschen, die mit Ihren Ideen, Erfahrung  
252 und Kompetenzen den Wandel meistern werden. Das Bundesland Bremen soll so  
253 zu einem Modell für den Einstieg in neue Berufe, den Umstieg und die  
254 Weiterbildung in bestehenden Berufen werden. Arbeitnehmer\*innen wollen wir  
255 dabei so früh wie möglich begleiten und bestärken.
- 256 • ein Gründer- und Innovationsprogramm für mit Coworking- und  
257 Inkubatorangeboten sowie Wagniskapital, um gezielt neue digitale und  
258 nachhaltige Geschäftsmodelle in Bremen anzusiedeln. Denn es sind aktuell  
259 die neuen, wissensgetriebenen Unternehmen, die bei der Entwicklung  
260 klimafreundlicher Geschäftsmodelle, durch Digitalisierung und im Bereich  
261 der Kreislaufwirtschaft für Dynamik sorgen und die Arbeitsplätze von  
262 morgen schaffen. Die Hochschulen und Forschungsinstitute unserer beiden  
263 Städte sollen aktiv in dieses Programm eingebunden werden.
- 264 • neue Gewerbegebiete im Land Bremen sollten einen klaren Fokus auf  
265 klimafreundliche Technologien und Arbeitsweisen nach dem Vorbild des  
266 Gewerbegebiets Luneplate in Bremerhaven legen. Eine Bestärkung der

267

Windkraftbranche in Bremen bedeutet auch, Werbe und Windkraftanlagen  
miteinander in Einklang zu bringen.

268



## **A1NEU** Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten

Antragsteller\*in: Ralph Saxe  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### **Antragstext**

1 Die Landesmitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die neue  
2 kommunale Initiative für stadtverträglichen Verkehr durch die von Agora  
3 Verkehrswende mit Erstunterzeichner\*innen von sieben Städten und Unterstützung  
4 des Deutschen Städtetages initiierte Erklärung für lebenswerte Städte durch  
5 angemessene Geschwindigkeit. Sie fordert die Fraktionen der Bürgerschaft und  
6 Stadtverordnetenfraktion sowie die Grünen Mitglieder des Senats und des  
7 Magistrats auf, sich für den Beitritt der beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven  
8 einzusetzen.

9

10 Erklärung:

- 11 1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem  
12 Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
- 13 2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen  
14 als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen  
15 Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
- 16 3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu  
17 schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom  
18 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit  
19 innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
- 20 4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das  
21 wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft  
22 untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur  
23 Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um  
24 ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

### **Unterstützer\*innen**

Rafael Schyska (KV Bremen-Nordost); Marten Urban (KV Bremen-Nordost); Philipp Bruck; Gudrun Eickelberg ; Florian Pfeffer; Kai-Lena Wargalla; Christopher Hupe ; Kristina Kötterheinrich; Jan Saffe; Henrike Müller

## A2 SOLIDARITÄT MIT LSBTIAQ\* IN UNGARN, POLEN UND GANZ EUROPA!

Gremium: LAG Queer  
Beschlussdatum: 07.07.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Viele polnische Gemeinden, Landkreise oder Provinzen deklarieren seit März 2019  
2 ihr Gebiet als **"LGBT-freie Zone"** oder auch **"LGBT-ideologiefreie Zone"**. Den  
3 Anfang machte die Stadt Świdnik in Südostpolen, nachdem die rechtskonservative  
4 Wochenzeitung Gazeta Polska eine entsprechende Kampagne begonnen hatte. Diese  
5 Deklaration hat keine rechtliche Wirkung, sondern dient der ideologischen  
6 Polarisierung, Abgrenzung und Ausgrenzung: Nachdem die Migration für die  
7 regierende PiS-Partei als Feindbild an Wirkung verliert, wird die sogenannte  
8 "LGBT-Ideologie" zum gefährlichen Gegner aufgebaut. Damit soll vor allem das  
9 konservativ-katholische Milieu mobilisiert werden, mit verheerenden  
10 gesellschaftlichen Folgen für queere Personen.

11 Eine solche Politik wird vermehrt auch in anderen europäischen Ländern, wie  
12 Ungarn, Slowenien und Tschechien, verfolgt: LSBTIAQ\* wird zum Feindbild  
13 aufgebaut.

14 In Ungarn wurde vor kurzem ein Gesetz - nach russischem Vorbild - zur  
15 Einschränkung von Informationen über Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit  
16 verabschiedet.

17 Einige der zentralen Punkte des Anti- LSBTIAQ\*-Gesetzes im Überblick:

- 18 • Verbot des Zugangs zu Informationen, wenn dort „Änderungen des Geschlechts  
19 oder Homosexualität vorkommen, popularisiert oder dargestellt werden“.
- 20 • Die Vermittlung von Inhalten zur „Popularisierung“ von Homosexualität oder  
21 trans\* Identitäten in der Schule ist verboten.
- 22 • Bestimmten NGOs ist es ganz verwehrt, Kurse zu sexueller Aufklärung oder  
23 Drogenprävention an Schulen zu halten.

24 In einem offenen Brief kritisierten Amnesty International und weitere NGOs, dass  
25 das neue Gesetz „den wissenschaftlichen Dialog und die Aufklärungsarbeit über  
26 Homo- und Transsexualität“ unmöglich machen werde. Die Regierung würde mit  
27 diesem Gesetz, „LSBTIAQ\*-Jugendliche im Stich lassen“, die proportional häufiger  
28 Mobbing und Diskriminierung erleben, statt diese Jugendlichen zu schützen, wie  
29 es die Verfassung vorschreibe.

30 Die Zusammenführung von Homosexualität und Repräsentation von trans\* Personen  
31 mit dem Vorwurf der Pädophilie reiht sich in die Ideologie, mit der die Fidesz-  
32 Partei und ihr kleinerer Koalitionspartner KDNP (Christlich-demokratische  
33 Volkspartei) seit Jahren die Rechte von sexuellen und geschlechtlichen  
34 Minderheiten einschränken, ein.

35 Vor gut einem Jahr schon beschloss die Fidesz-KDNP-Mehrheit im Parlament ein  
36 Gesetz, das es unmöglich macht, das Geschlecht, das bei der Geburt  
37 standesamtlich eingetragen wurde, später in offiziellen Dokumenten und  
38 Zeugnissen an die Geschlechtsidentität anzupassen.

39 Mit Slowenien übernimmt Janez Janša - ein "Möchtegern-Trump", der wenig von  
40 LSBTIAQ\*-Gleichbehandlung hält - den Vorsitz im Europäischen Rat. Seit Jahren  
41 kämpft Janša auch gegen LSBTIAQ\*-Rechte. So setzte er sich 2015 dafür ein, dass  
42 das Ehe-Verbot für Schwule und Lesben wieder eingeführt wird – nachdem ein  
43 entsprechender Volksentscheid für die Eheöffnung Erfolg hatte. Der damalige  
44 Oppositionspolitiker Janša gehörte zu den lautstärksten Gegnern der Eheöffnung  
45 und behauptete: "Es ist nicht möglich, eine Zukunft für Slowenien mit  
46 gleichgeschlechtlichen Paaren aufzubauen."

47 Der tschechische Präsident Miloš Zeman bezeichnete in einem Fernseh-Interview  
48 trans\* Personen als "ekelhaft" und kritisierte den für Anfang August geplanten  
49 CSD in Prag scharf. "Wenn man sich einer geschlechtsverändernden [sic!]   
50 Operation unterzieht, begeht man im Grunde ein Verbrechen der Selbstverletzung",  
51 so Zeman. Außerdem sprach sich der Politiker für "Hetero-Prides" aus: "Wenn ich  
52 etwas jünger wäre, würde ich eine große Demonstration von Heterosexuellen in  
53 Prag organisieren. Es gibt Millionen von uns." Der 76-Jährige zeigte auch  
54 Verständnis für das queerfeindliche "Homo-Propaganda"-Gesetz in Ungarn. Zeman  
55 erklärte, andere Länder sollten sich nicht in die inneren Angelegenheiten  
56 Ungarns einmischen.

57 Aber auch in Deutschland gibt es solche Kräfte, wie die AfD, die "Demo für Alle"  
58 oder TERFs (Trans-Exclusionary Radical Feminism dt. „trans-ausschließender  
59 radikaler Feminismus“). Diese Kräfte werden immer stärker, der Rollback macht  
60 sich bemerkbar. Queerfeindliche Straftaten nehmen zu. Insgesamt wurden im Jahr  
61 2020 782 Straftaten von Hasskriminalität gegen LSBTIAQ\* registriert, darunter  
62 154 Gewalttaten (144 Körperverletzungen). Das ist ein Anstieg von 36% gegenüber  
63 2019. Mindestens drei schwulenfeindlich motivierte Morde sind nicht in die  
64 Statistik eingegangen. Die Dunkelziffer ist riesig.

65 Wir Grüne kämpfen für eine Gesellschaft, in der Lesben, Schwule, Bisexuelle,  
66 trans- und intergeschlechtliche und queere Menschen die gleichen Rechte, die  
67 gleichen Freiheiten und die gleiche Anerkennung haben. Wir fordern wirkliche  
68 rechtliche Gleichstellung und Respekt für gleichgeschlechtliche und queere  
69 Familien mit Kindern ("Regenbogenfamilien") und wollen menschenwürdige  
70 Rahmenbedingungen und Selbstbestimmung für trans- und intergeschlechtliche  
71 Menschen. Wir treiben Antidiskriminierungspolitik voran, kämpfen für einen  
72 bundesweiten Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit und zeigen  
73 Regenbogenflagge - sei es in Kiew, Sarajevo, Warschau, Budapest, Prag oder  
74 Istanbul, und auch bei uns in Deutschland und Bremen.

75 In Bremen haben wir seit 2015 einen Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit  
76 und die Bremische Bürgerschaft hat in dieser Legislatur einen bundesweit  
77 einzigartigen Queerpolitischen Beirat gegründet, um diesen effektiver  
78 umzusetzen. Außerdem gibt es Parlamentsbeschlüsse um OPs an  
79 intergeschlechtlichen Kindern und andere medizinische Zwangsmaßnahmen wirksam zu  
80 beenden, sowie Entschädigungen zu ermöglichen. Schwule und trans\* Personen  
81 sollen bei der Blutspende nicht mehr diskriminiert werden und Anfang diesen  
82 Jahres wurde ein innenpolitischer Maßnahmenkatalog gegen Hasskriminalität und  
83 Gewalt gegen queere Menschen auf den Weg gebracht.

84 Viele dieser und weiterer queerpolitischer Maßnahmen betreffen jedoch die  
85 Bundesgesetzgebung und müssen auf Bundesebene geregelt werden. Auch hier sind  
86 die Grünen treibende Kraft: Im Bundestag hat die Grüne Fraktion mehrere  
87 Gesetzesvorlagen zu Regenbogenfamilien und einem modernen Abstammungsrecht, zu  
88 diskriminierungsfreien Blutspenden, zum Entschädigungsfonds für inter- und  
89 transgeschlechtliche Menschen und zu einem umfangreichen  
90 Selbstbestimmungsgesetz, welches das alte zutiefst diskriminierende  
91 "Transsexuellengesetz" ablösen sollte, vorgestellt.

92 Das Europaparlament hat die Europäische Union zu einer „LGBTIQ Freedom Zone“,  
93 also einem Freiheitsraum für queere Menschen, erklärt. Mit dem eindeutigen  
94 Abstimmungsergebnis stellt das Parlament sich hinter queere Menschen und deren  
95 Rechte. Sie grenzt sich damit auch von den diskriminierenden Gesetzen und  
96 Entscheidungen einzelner Mitgliedsstaaten ab und setzt ein deutliches Zeichen.

97 Wir haben auf Landes-, Bundes-, und Europäischer Ebene, gezeigt, dass queere  
98 Politik nur mit starken Grünen möglich ist. Ohne uns wird eine rückwärtsgewandte  
99 queerfeindliche Politik gemacht. Für die Rechte queerer Menschen ist ein  
100 Politikwechsel auf Bundesebene notwendig.

101 **Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:**

102 a) auf Europaebene

103 Queere Rechte sind Menschenrechte. Wir fordern das Europäische Parlament auf,  
104 sich uneingeschränkt für die Durchsetzung der Menschenrechte insbesondere in  
105 Bezug auf LSBTIAQ\* einzusetzen. Aufgrund der jüngst verabschiedeten  
106 queerfeindlichen Gesetze in Ungarn und Polen, sind diese Länder besonders in den  
107 Blick zu nehmen und angemessene Maßnahmen durchzusetzen.

108 Die fünfte EU-Antidiskriminierungsrichtlinie muss endlich vom EU-Rat  
109 verabschiedet werden: Die EU-Kommission schlägt bereits seit 2008 diese  
110 Antidiskriminierungsrichtlinie vor: LSBTIAQ\* werden in vielen europäischen  
111 Ländern weiterhin Rechte vorenthalten, die sie in Deutschland durch das  
112 Allgemeine Gleichstellungsgesetz bereits haben. Trotzdem verhindert vor allem  
113 Deutschland seit Jahren eine Verabschiedung. Deutschland muss im Ministerrat die  
114 fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie unterstützen.

115 An dieser Stelle möchten wir hervorheben, dass wir die Bemühung des Landes  
116 Bremen im Bundesrat zur Verabschiedung der fünften EU-  
117 Antidiskriminierungsrichtlinie in der Vergangenheit begrüßen und hoffen, dass  
118 das Thema weiterhin durch die Bremer Landesregierung verfolgt wird.

119 b) auf Bundesebene

120 Deutschland muss seinen Widerstand im EU-Ministerrat gegen die fünfte EU-  
121 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich aufgeben. LSBTIAQ\* muss bei zukünftigen  
122 binationalen Treffen als Thema auf der Agenda stehen. Dabei sollte Deutschland  
123 als Vorbild vorangehen und in der eigenen Gesetzgebung die Diskriminierung von  
124 queeren Personen abschaffen. Das muss mit einer Reform des Abstammungsrechts und  
125 des "Transsexuellengesetzes" (TSG) einhergehen.

126 Die Bundesregierung und der Bundestag sollen die Ausrufung von LSBTIAQ\*-freien  
127 Zonen als Verstoß gegen die EU-Grundrechtecharta benennen und dagegen  
128 protestieren! In den betroffenen Ländern dürfen LSBTIAQ\*-feindliche Initiativen  
129 und Projekte nicht unterstützt werden. Stattdessen müssen neue Förderprogramme  
130 geschaffen und bestehende Programme mit Fokus auf LSBTIAQ\* für Aktivist\*innen

131 und Organisationen, deren Arbeit in ihrem Heimatland bedroht ist, erhalten und  
132 geschützt werden – nach der Strategie „Countering shrinking spaces for LGBTIAQ\*  
133 Organisations“, also finanzielle Unterstützung von queeren Vereinen und  
134 Initiativen.

135 Deutschland soll außerdem länderübergreifende Kulturarbeit und Veranstaltungen  
136 sowie Förderungen zum Thema Akzeptanz von LSBTIAQ\* (Austausch, Empowerment,  
137 Antidiskriminierung) zusammen mit Organisationen wie z.B. dem Goethe-Institut  
138 und Parteistiftungen fördern.

139 c) auf Landesebene

140 Bremen und Bremerhaven müssen ihre Städtepartnerschaften, insbesondere zu Gdańsk  
141 und Szczecin nutzen, um genau die Initiativen und Projekte zu unterstützen, die  
142 sich für ein vielfältiges und friedliches Miteinander in Polen einsetzen.

143 Bei zukünftigen Treffen sollen die Rechte von LSBTIAQ\* Personen ein Thema sein.  
144 So können sich die offiziellen Delegationen mit queeren Personen und Initiativen  
145 in betroffenen Ländern austauschen. Mit polnischen Delegationen können LSBTIAQ\*  
146 Organisationen in Bremen und Bremerhaven besucht werden und die Entwicklung der  
147 Rechte von LSBTIAQ\* in Deutschland in das Austauschprogramm einfließen.

148 Die gemeinsame Teilnahme von Bürgermeister\*innen und parlamentarischen  
149 Abgeordneten aus Bremen, Deutschland und Polen an Pride Demonstrationen (CSD)  
150 sind ebenso wirkungsvoll und ein deutliches Signal für die Akzeptanz und  
151 Gleichberechtigung von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten. Interviews mit  
152 Medienschaffenden können diese Signale begleiten und dazu beitragen, dass sie  
153 über die Grenzen der jeweiligen Städte hinaus sichtbar werden. Darüberhinaus  
154 sollen sich Bremen und Bremerhaven in verschiedenen Netzwerken (wie z.B.  
155 Eurocities, wo auch Budapest und Warschau vertreten sind) für die Akzeptanz und  
156 Gleichberechtigung von LGBTIAQ\* Personen einsetzen.

157 Europa ist queer. Europa ist bunt. Europa ist mitreißend. Europa ist ein Ort wo  
158 jeder Mensch gleichberechtigt und unabhängig von Geschlecht, Sexualität,  
159 Hautfarbe, Alter, Aussehen, Herkunft, Behinderung, Lebensform oder Religion frei  
160 und sicher leben können soll. Dafür stehen wir Grüne!

## **A3NEU** Altersgrenzen bei Wahlen abschaffen!

Gremium: GRÜNE JUGEND Bremen  
Beschlussdatum: 04.07.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### **Antragstext**

1 Wir GRÜNEN fordern in unserem Bundestagswahlprogramm das aktive Wahlrecht für  
2 Europa- und Bundestagswahlen auf 16 abzusenken und eine weitere Absenkung zu  
3 prüfen. Das wäre ein erster, lange überfälliger Schritt.

4 In Bremen sind wir zum Glück schon weiter. Die Bürger\*innenschaftswahl in Bremen  
5 2011 war die erste Landtagswahl bei der 16-Jährige wählen durften. Bereits bei  
6 der Bürger\*innenschaftswahl in Bremen 2019 haben wir uns für die Absenkung des  
7 Wahlalters auf 14 Jahre eingesetzt. Im Koalitionsvertrag des Rot-Grün-Roten  
8 Senats ist ein entsprechender Prüfauftrag enthalten. Diese Prüfung muss umgehend  
9 erfolgen.

10 Das kann uns jedoch nicht zufriedenstellen. Politische Entscheidungen betreffen  
11 insbesondere jüngere Menschen. Sie müssen am längsten mit den Entscheidungen  
12 leben. Egal ob es um den Klimawandel, Bildungspolitik oder die Corona-Maßnahmen  
13 geht. Über die Zukunft von Kindern und Jugendlichen wird tagtäglich verhandelt,  
14 ohne dass sie auch nur ein Wort mitreden können – unabhängig davon, welche  
15 Meinungen sie vertreten. Das ist nicht weiter hinnehmbar und widerspricht dem  
16 Demokratieprinzip. Nicht die Befürworter\*innen einer Absenkung des Wahlalters  
17 müssen sich rechtfertigen, sondern dessen Gegner\*innen.

18 Denn wählen ist das grundlegendste Recht in einer Demokratie. Deshalb fordern  
19 wir:

20 **Die sofortige Absenkung des aktiven Wahlrechts für Europa-, Bundestags-,**  
21 **Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre.**

22 Studien, zum Beispiel zu den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen, belegen,  
23 dass es keine signifikanten Unterschiede bei 16- und 17-Jährigen im Vergleich zu  
24 18- bis 24-Jährigen bei Interesse, Selbstwirksamkeit und Wissen in Bezug auf  
25 Politik gibt. Auch für die ebenfalls in der Studie enthaltenen 15-Jährigen gibt  
26 es keine signifikanten Unterschiede. Warum also 16, geschweige denn 18 eine  
27 geeignete Altersgrenze sein soll, ist nicht ersichtlich.

28 Vielmehr beginnt bereits mit 14 Jahren die Strafmündigkeit. Jugendlichen wird  
29 also bereits zugetraut, Verantwortung für eigenes Handeln zu übernehmen. Sie  
30 können nach Gesetzen verurteilt und bestraft werden, über die sie nicht  
31 mitentscheiden konnten. Das kann nicht sein.

32 Weiterhin muss bedacht werden, dass das bisherige Mindestalter im  
33 Bundestagswahlrecht zu einem Durchschnittsalter bei der ersten Wahl von 20  
34 Jahren führt, da die Wahlperiode vier Jahre beträgt. Bei Landtags- und  
35 Kommunalwahlen sind die Wahlperioden sogar (bis auf wenige Ausnahmen) fünf Jahre  
36 lang.

37 Bereits jetzt sind erhebliche Unterschiede bei der Wahlbeteiligung nach  
38 Bildungsabschlüssen festzustellen. Dies wird durch das hohe Wahlalter  
39 begünstigt. Die Politisierung hängt dabei vor allem von den persönlichen  
40 Kapazitäten der Menschen ab, diese können durch Arbeit und Ausbildung, Studieren  
41 in Regelstudienzeit, Nebenjobs um das BAföG aufzustocken und ähnliche  
42 Bedingungen eingeschränkt werden. Selbst bei einer Absenkung auf 16 Jahre würde  
43 die erste Möglichkeit an einer Wahl teilzunehmen frühestens in die Zeit der  
44 gymnasialen Oberstufe fallen. Um Menschen, die kein Abitur machen zu erreichen,  
45 reicht die Absenkung auf 16 Jahre nicht aus.

46 Erst bei einem Wahlalter 14 wäre sichergestellt, dass der größte Teil der  
47 Jugendlichen die erste Wahl während der Schulzeit und damit unabhängig vom  
48 sozialen Umfeld erlebt. Durch guten und umfangreichen Politikunterricht ab der  
49 5. Klasse kann allen Kindern und Jugendlichen die Bedeutung des Wählens und  
50 Möglichkeiten weiterer Beteiligung am demokratischen Prozess vermittelt werden.  
51 Unabhängig von politischen Einstellungen wird Wählen zur Gewohnheit.

52 So geben wir Kindern und Jugendlichen nicht nur das bedeutendste Recht der  
53 Demokratie, sondern können auch einer Spaltung der Gesellschaft in Wähler\*innen  
54 und Nichtwähler\*innen entlang sozialer Unterschiede langfristig entgegenwirken.

55 Doch jede Altersgrenze ist willkürlich! Deshalb fordern wir:

56 **Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren müssen auf Antrag in das**  
57 **Wähler\*innenverzeichnis aufgenommen werden können.**

58 Die unter 18-Jährigen sind die einzige Gruppe, die vom Wahlrecht ausgeschlossen  
59 ist. Oft wird dies damit begründet, sie seien noch nicht dazu in der Lage, eine  
60 Wahlentscheidung zu treffen. Dabei sind über 18-Jährige unabhängig davon  
61 wahlberechtigt, ob sie individuell objektiv dazu in der Lage sind eine  
62 Wahlentscheidung zu treffen oder überhaupt physisch in der Lage sind an der Wahl  
63 teilzunehmen.

64 Das Argument ist daher nicht nur vollkommen verfehlt, es ist überdies  
65 unzweifelhaft, dass nicht nur einzelne, sondern große Teile der unter 18-  
66 Jährigen und auch unter 14-Jährigen individuell dazu in der Lage sind eine  
67 Wahlentscheidung zu treffen und an der Wahl teilzunehmen. Individuell ist der  
68 Ausschluss somit nicht zu rechtfertigen.

69 Sie von der Wahl auszuschließen, nur weil sie einer Gruppe angehören, in der  
70 sich vermeintlich besonders viele Personen befinden, die nicht dazu in der Lage  
71 seien, an der Wahl teilzunehmen, ist ebenfalls nicht zu rechtfertigen. Das zeigt  
72 der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von vor wenigen Jahren, das den  
73 Ausschluss von Menschen in Vollbetreuung explizit für verfassungswidrig erklärt  
74 hat.

75 In der Konsequenz müssen die Altersgrenzen beim passiven Wahlrecht komplett  
76 abgeschafft werden. Um die Umsetzung zu vereinfachen, schlagen wir ein  
77 Eintragungswahlrecht für alle Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren vor. Wenn  
78 sie wählen wollen, müssen sie sich auf Antrag beim Wahlamt in das  
79 Wähler\*innenverzeichnis eintragen lassen können.

80 Das aktive Wahlrecht ist nur die eine Hälfte. Deshalb fordern wir:

81 **Als Ersatz für das passive Wahlrecht muss jedes Parlament einen Jugendbeirat**  
82 **bekommen!**

83 Wir erkennen an, dass es erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen würde, wenn  
84 unter 18-Jährige auch passiv wahlberechtigt wären, da Bundestagsabgeordnete zum  
85 Beispiel auch Arbeitgeber\*innen sind. Als Ersatz für das passive Wahlrecht  
86 schlagen wir deshalb Jugendbeiräte vor. Diese sollen parallel zu den Parlamenten  
87 und kommunalen Volksvertretungen gewählt werden. Aktiv und passiv wahlberechtigt  
88 sind alle nicht bei allgemeinen Wahlen passiv wahlberechtigten Kinder und  
89 Jugendliche.

90 Die Jugendbeiräte sollen bei allen Entscheidungen beratend teilhaben dürfen.  
91 Dafür muss den Jugendbeiräten Zugang zu allen Informationen gewährt werden.  
92 Diese Jugendbeiräte können jedoch niemals als Ersatz für die Abschaffung der  
93 Altersgrenzen beim aktiven Wahlrecht dienen.

## Begründung

Die im Antrag angesprochene Studie und den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts findet ihr hier:

[Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters \(otto-brenner-stiftung.de\)](#)

[Bundesverfassungsgericht - Entscheidungen - Wahlrechtsausschlüsse für Betreute in allen Angelegenheiten und wegen Schuldunfähigkeit untergebrachte Straftäter verfassungswidrig](#)



## **A4NEU5** Ticketlos, autofrei, feministisch – Verkehrswende jetzt!

Gremium: GRÜNE JUGEND Bremen

Beschlussdatum: 04.07.2021

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### **Antragstext**

1 Die Klimakrise schreitet immer schneller voran. Einen großen Anteil am  
2 klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bildet der Verkehrssektor, allein 2018 machte der  
3 Verkehrssektor 19 % des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Deutschland aus, Tendenz  
4 steigend. Deshalb müssen wir in den nächsten Jahren einen radikalen Wandel im  
5 Verkehr schaffen, um das 1,5-Grad-Ziel von Paris noch einhalten zu können.

6 Neben dem Klimaschutzaspekt ist auch der soziale Bereich zu beachten. Gibt es  
7 kaum noch Autos in der Stadt, ist die Barrierefreiheit für Kinderwägen,  
8 Rollstühle, Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge wesentlich besser gewährleistet.  
9 Außerdem können sich die Menschen wesentlich sicherer zu Fuß oder auf dem Rad in  
10 der Stadt bewegen. Auch gleicher Zugang zu Mobilität für alle Menschen ist mit  
11 einem gut ausgebauten und ticketlosen öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV)  
12 gegeben.

13 Eine konsequente Verkehrswende ist also nicht nur klimagerecht, sondern auch  
14 sozial gerecht. Dabei darf nicht der Aspekt des unterschiedlichen  
15 Mobilitätsverhaltens zwischen den Geschlechtern vernachlässigt werden.

### **ÖPNV ausbauen!**

16 Das bisherige Angebot des ÖPNV in Bremen und Bremerhaven reicht an vielen  
17 Stellen nicht einmal aus, den heutigen Bedarf zu decken. Durch die unvermeidbare  
18 Verkehrswende wird der Bedarf weiter steigen. Deshalb braucht es einen massiven  
19 Ausbau des ÖPNV.  
20

21 Die bisherigen Planungen reichen bei weitem nicht aus und dauern viel zu lange.  
22 Bremen kann die Verkehrswende jedoch nicht allein schaffen. Wir fordern eine  
23 Investitionsoffensive des Bundes, die schnellere Planung und Umsetzung  
24 ermöglicht. Wir fordern, dass Bremen sich auf Bundesebene dafür einsetzt, die  
25 Schuldenbremse so umzugestalten, dass sie Investitionen in klimafreundliche  
26 Infrastruktur auch auf kommunaler und Länderebene ermöglicht. Denn  
27 vernachlässigte Infrastruktur ist eine Belastung für kommende Generationen.

28 Wir unterstützen daher das Konzept von Einfach Einsteigen und dem BUND Bremen,  
29 das Bremer Straßenbahnnetz mehr als zu verdoppeln. Auch Bremerhaven muss wieder  
30 eine Straßenbahn bekommen. Die RS1 muss alle 10-Minuten von Achim nach Bremen  
31 Nord fahren und weitere Haltepunkte im Bremer Stadtgebiet bekommen. Bei  
32 Straßenbahn und Bus muss der 5-Minuten-Takt zum Standard werden. Insgesamt muss  
33 das Angebot besonders in den Tagesrandzeiten, nachts und am Wochenende  
34 ausgeweitet werden. Gerade junge Menschen sind auf den ÖPNV angewiesen und  
35 müssen auch nach dem Feiern sicher, schnell und günstig nach Hause fahren  
36 können.

37 Neben dem Straßenbahnnetz müssen auch die Busverbindungen ausgeweitet werden,  
38 insbesondere um eine kurzfristige Erweiterung des ÖPNV zu ermöglichen. Dafür  
39 braucht es insbesondere Schnellbusverbindungen, um Fahrtzeiten zwischen den  
40 Stadtteilen zu verkürzen und Rufbusse für ein flächendeckendes Angebot in den  
41 Randgebieten. Wenn Busse mit fossilen Kraftstoffen betrieben werden, ist für das  
42 Klima jedoch wenig gewonnen. Die komplette Fahrzeugflotte muss daher  
43 klimaneutral werden. Die Entscheidung, welche Antriebstechnologie (Batterie oder  
44 Brennstoffzelle) für welchen Einsatz am besten geeignet ist, müssen die  
45 Verkehrsbetriebe treffen, solange Strom und Wasserstoff zu 100 % aus  
46 erneuerbaren Energien stammen.

47 Für uns gehört der Personennahverkehr zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir  
48 möchten allen Menschen Mobilität ermöglichen. Busse und Bahnen müssen deshalb  
49 nicht nur barrierefrei, sondern überhaupt frei zugänglich sein.

50 Ein so gestalteter ticketloser ÖPNV soll im ganzen Bundesland gelten und für  
51 alle Bremer\*innen und Bremerhavener\*innen auch die Fahrt zwischen den beiden  
52 Städten beinhalten.

53 Ticketloser Nahverkehr bedarf allerdings der Einbindung in ein Gesamtkonzept.  
54 Für die Verkehrswende bedarf es erheblicher finanzieller und personeller  
55 Anstrengungen, die nicht im Haushalt dargestellt werden können. Erst wenn  
56 deutlich erhöhte Finanzmittel und Personal für den Bereich Fuß- und Radverkehr,  
57 merkliche Takt- und Qualitätsverbesserung plus Angebotsausweitung von  
58 öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr und Regionalbuslinien  
59 sowie eine Carsharinginitiative hinzukommen und dafür eine Finanzierung  
60 sichergestellt ist, wird daraus ein ganzheitliches Modell der Mobilitätswende.  
61 Durch eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit einem gerechten Preis,  
62 erhöhte Bundesmittel und eine Pendler\*innenabgabe ist eine Gegenfinanzierung  
63 möglich. Diese Gesamtfinanzierung unseres Konzeptes ticketlos plus muss in einem  
64 Bremischen Mobilitätsgesetz verbindlich geregelt werden.

65 **Damit klimafreundliche Mobilität zur bequemsten und günstigsten Alternative**  
66 **wird, fordern wir:**

- 67 • **Verdoppelung des Bremer Straßenbahnnetzes bis 2035**
- 68 • **CO2-Neutrale Fahrzeugflotte bis 2030**
- 69 • **Einführung eines ticketlosen ÖPNV im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzeptes**  
70 **und eines Mobilitätsgesetzes**

## 71 **Eine Stadt für Menschen – nicht für Autos**

72 Eine Stadt für Menschen ist eine Stadt mit weniger Autos. Autos stoßen nicht nur  
73 viel CO<sub>2</sub> aus, sondern nehmen auch sehr viel Platz in Anspruch. Weniger Autos  
74 bedeuten mehr Raum für Grünflächen – kühlende Oasen in der Stadt, die mehr  
75 Wasser aufnehmen und gleichzeitig die Luftqualität erhöhen können. Außerdem sind  
76 Grünflächen ein sozialer Ort, der den Aufenthalt in der Stadt attraktiver macht  
77 und soziale Kontakte stärken kann.

78 Deshalb ist es richtig, wenn der zur Verfügung stehende Platz so verteilt wird,  
79 dass effektiver Klimaschutz garantiert und die Aufenthaltsqualität in unseren  
80 Städten gesteigert werden kann. Dazu braucht es eine flächendeckende  
81 Parkraumbewirtschaftung, die mit regelmäßiger Kontrolle sowie dem konsequenten  
82 Abschleppen falschgeparkter Fahrzeuge einhergeht. Weiterhin stellt die

83 Parkraumbewirtschaftung eine finanzielle Einnahmequelle dar, die direkt dem  
84 Ausbau von Fuß- und Radverkehr zugutekommen und so das Verkehrsnetz der Stadt  
85 aufwerten kann. Zusätzlich müssen insbesondere enge Straßen umgestaltet werden,  
86 sodass aus engen, zugeparkten Straßen Verkehrswege entstehen, die für alle  
87 Menschen attraktiv sind: So kann bereits das Aufstellen von Pollern dafür  
88 sorgen, dass Fußwege wieder benutzbar werden und so Barrieren abgebaut werden.  
89 Barcelona, Paris, Kopenhagen und Amsterdam machen vor, wie eine moderne  
90 Stadtgestaltung aussieht. Bremen kann das auch.

91 Um die Abkehr vom Auto zu erleichtern, braucht es einen Ausbau von Car- und  
92 Bike-Sharing-Möglichkeiten, insbesondere auch in Randgebieten der Stadt sowie im  
93 Umland. Diese müssen gefördert, oder direkt aus öffentlicher Hand bereitgestellt  
94 werden. So sind die Bürger\*innen nicht mehr auf das eigene Auto angewiesen,  
95 können jedoch im Bedarfsfall auf ein Fahrzeug zurückgreifen.

96 Das von unserer Senatorin Maike Schaefer in Auftrag gegeben ifeu-Gutachten zeigt  
97 klar auf, dass die von uns selbst gesteckten Klimaziele von Paris nur dann  
98 eingehalten werden können, wenn der Autoverkehr bis 2030 um 20-55% sinkt. Die  
99 Klimakrise und neue Ansprüche an Mobilität machen deshalb ein Umdenken nötig –  
100 weg vom Auto und hin zu anderen Formen der Mobilität. Wir fordern deshalb den  
101 Senat auf, den Umstieg zu anderen Formen der Mobilität so zu ermöglichen, dass  
102 das Bundesland Bremen seine Klimaziele einhalten kann. Wir müssen uns jetzt dem  
103 Auftrag des Pariser Klimaabkommens stellen und die wissenschaftlich begründeten  
104 Wege zur Erreichung dieser Ziele einschlagen.

105 **Um in Bremen eine Abkehr vom Auto zu schaffen, fordern wir:**

- 106 • **Eine flächendeckende, konsequente Parkraumbewirtschaftung**
- 107 • **Den Ausbau von Car- und Bike-Sharing**
- 108 • **Halbierung des Autoverkehrs bis 2030**

## 109 **Feministische Verkehrswende!**

110 Die Mobilität der einzelnen Geschlechter unterscheidet sich aufgrund  
111 festgefahrener Rollenbilder und der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den  
112 Geschlechtern massiv. Während Männer laut aktueller Studienlage meistens nur  
113 wenige und tendenziell längere Strecken am Tag fahren, legen Frauen wesentlich  
114 mehr, dafür kürzere Strecken pro Tag zurück. So bringen sie beispielsweise die  
115 Kinder zur Schule oder in die Kita, gehen einkaufen oder kümmern sich um  
116 Angehörige, und das meistens im eigenen Quartier.

117 Dabei werden auch unterschiedliche Verkehrsmittel benutzt. Männer nehmen  
118 häufiger das Auto, während Frauen öfter zu Fuß gehen, das Rad benutzen oder als  
119 Beifahrerin mitfahren. Die Radwege sind jedoch oft nicht breit oder sicher  
120 genug, damit sich Radfahrer\*innen gut durch die Stadt bewegen können.  
121 Stattdessen teilen sie sich oft eine Fahrbahn mit den Autos oder müssen Radwege  
122 benutzen, die zu schmal sind und keine Abgrenzung zum Fußweg haben. Im Quartier  
123 selbst sind Radwege oft gar nicht oder kaum in guter Qualität vorhanden.  
124 Stattdessen wird sich oft darauf konzentriert, Fahrrad-Premiumrouten vom Umland  
125 in die Innenstadt zu bauen. Die braucht es auch für eine Verkehrswende, jedoch  
126 darf die Vernetzung innerhalb eines Quartiers nicht vernachlässigt werden.

127 Verkehrsplanung ist derzeit am Stereotyp des in Vollzeit arbeitenden Mannes  
128 ausgerichtet. Feministische Mobilitätspolitik heißt, unterschiedliche

129 Lebensrealitäten in Verkehrsplanung miteinzubeziehen und so eine für alle  
130 lebenswerte Stadt zu schaffen.

131 Es braucht ein Mobilitätsgesetz, in dem der Vorrang von Rad- und Fußverkehr  
132 sowie ÖPNV gegenüber motorisiertem Individualverkehr festgeschrieben wird. Damit  
133 wird die Verkehrswende rechtlich auf sichere Füße gestellt und kann besser  
134 umgesetzt werden.

135 **Deshalb fordern wir:**

- 136 • **Sichere und breite Fahrradwege (protected bike lanes)**
- 137 • **Flächendeckende Radinfrastruktur in den Quartieren**
- 138 • **Ein Mobilitätsgesetz, das den Vorrang von klimafreundlichen und**  
139 **platzsparenden Verkehrsmitteln festschreibt**

## **A5NEU** Mehr Geld für Umsetzung der Bremer Biodiversitätsstrategie und des Insektenschutzprogramms

Gremium: LAG Umwelt  
Beschlussdatum: 21.05.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### **Antragstext**

- 1 Der Biodiversitätsverlust weltweit, in Deutschland und auch in Bremen ist neben  
2 der Klimakrise die größte existentielle Gefahr für unsere Lebensgrundlagen.
- 3 Die LMV fordert die Fraktion und die grünen Senator\*innen auf, die  
4 Anschubfinanzierung und Umsetzung einer ressortübergreifenden  
5 Biodiversitätsstrategie und eines Insektenschutzprogramms noch in dieser  
6 Legislatur sicherzustellen, denn die Zeit drängt, um unsere wertvollen  
7 Grünflächen und die Artenvielfalt zu schützen:
- 8 1. Deshalb müssen in den kommenden Haushalten ausreichend Mittel zur  
9 Erarbeitung der Biodiversitätsstrategie/ des Insektenschutzprogramms zur  
10 Verfügung gestellt werden, inklusive erster Mittel zur Maßnahmenumsetzung  
11 (u.a. Baumpflanzungen, Blühstreifen, Personal). Hierfür sind mindestens  
12 eine Millionen Euro zu veranschlagen.
  - 13 2. Die Erarbeitung muss in einem Ressort übergreifenden Prozess stattfinden,  
14 an dessen Ende ein Maßnahmenprogramm mit klaren Zuständigkeiten und  
15 Finanzbedarfen steht.
  - 16 3. Nach Abschluss der Erarbeitung muss sichergestellt werden, dass die  
17 Inhalte/ Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Hierzu wird es  
18 erforderlich sein, eine dauerhafte Koordinierungsstelle „Biodiversität“ im  
19 Umweltressort zu schaffen.
  - 20 4. Um die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüfen zu können, ist es notwendig,  
21 das Monitoring (u.a. hinsichtlich der Insekten) auszuweiten, hierfür sind  
22 die notwendigen zusätzlichen Mittel bereitzustellen.
  - 23 5. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte zentrale Beratungsstelle zur  
24 Einwerbung von Drittmitteln (z.B. Bundes- und EU-Förderung) soll auch vor  
25 diesem Hintergrund zeitnah realisiert werden. Es müssen alle Möglichkeiten  
26 ausgeschöpft werden, die vorhandenen Mittel aus dem Bremer Haushalt mit  
27 Mitteln aus nationalen und europäischen Förderprogrammen zu unterstützen.
  - 28 6. Um die kontinuierliche, aktuelle Abnahme der Biodiversität auf  
29 öffentlichen Bremer Flächen zu stoppen, sind kurzfristige Maßnahmen zur  
30 Erhöhung der Biodiversität (wie z.B. die Anlage von Blühstreifen)  
31 notwendig.

## **A6** Für eine Gesellschaft der Vielen - gemeinsam gegen Rassismus, Ausgrenzung und Hass

Antragsteller\*in: Laura Reyes Pollak

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

#### 1 **Für eine Gesellschaft der Vielen - gemeinsam gegen Rassismus, Ausgrenzung und** 2 **Hass**

3 Der gewaltsame Mord an dem schwarzen US-Amerikaner George Floyd am 25. Mai 2020  
4 durch einen *weißen* Polizisten hat in vielen Teilen der Welt Proteste gegen  
5 Rassismus auf die Straße gebracht. Auch in Deutschland markiert die Black Lives  
6 Matter Bewegung einen Meilenstein in der Auseinandersetzung mit strukturellem  
7 Rassismus. Während die Corona-Krise die Welt in Atem hielt, trugen die Stimmen  
8 der Protestierenden eine Tatsache nach außen, die seit jeher für nicht-*weiße*  
9 Menschen tagtäglich spürbar ist: Die meisten Menschen positionieren sich gegen  
10 Rassismus und dennoch bestimmt er weiterhin den Alltag von vielen BI\*PoC in  
11 Deutschland. Der Begriff des strukturellen Rassismus bezeichnet explizit  
12 rassistische Strukturen, Handlungs- und Entscheidungsabläufe.

13 Benachteiligung bei der Ausbildungsplatz-, Arbeits- und Wohnungssuche, bei der  
14 Gesundheitsversorgung und in zahlreichen anderen alltäglichen Situationen sind  
15 für viele Menschen eine oft gemachte und bittere Erfahrung. Dazu kommen  
16 Abwertungen, Ausgrenzung und rassistische Zuschreibungen im öffentlichen  
17 Diskurs. Rassistische Einstellungen werden oft auch von der Mitte der deutschen  
18 Gesellschaft vertreten und struktureller Rassismus ist, wie der Begriff schon  
19 vermuten lässt, in staatlichen Institutionen verankert. Am Ende dieser Kette  
20 stehen die jüngsten rassistisch motivierten und rechtsterroristischen Anschläge  
21 von Halle und Hanau. Denn eins hat sich immer wieder gezeigt, irgendwann wird  
22 aus systematischer Ausgrenzung Hass und aus Hass folgt Gewalt.

23 Für uns GRÜNE ist deshalb klar:

24 Das Aufdecken von rassistischen Strukturen und der Kampf gegen Rassismus in  
25 seinen unterschiedlichen Facetten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die  
26 auch in der Verantwortung von Staatlichkeit liegt und die Perspektiven der  
27 Betroffenen im Zentrum haben muss. Nur so können wir unsere plurale Demokratie  
28 stärken und zu einer Gesellschaft der Vielen werden.

29 Bremen wird von den meisten die hier leben als ein toleranter, bunter und  
30 weltoffener Stadtstaat beschreiben: Institutionen, die Weltoffenheit und  
31 Toleranz als Stärke begreifen, eine Politik, die Diskriminierung und Hürden  
32 abbauen will und eine aktive Zivilgesellschaft, die sich gegen Ungerechtigkeiten  
33 engagiert. Das alles ist Bremen!

34 Doch als Gesellschaft sind wir nunmal nicht von historisch bedingten  
35 rassistischen Denkmustern gewahrt. Struktureller- und institutioneller Rassismus  
36 sind auch hier ein Thema, bei dem wir uns als politische Akteur\*innen  
37 selbstkritisch hinterfragen müssen, damit unsere Institutionen zukünftig in der  
38 Lage sind, Betroffene zu schützen. Dass dies noch nicht hinreichend der Fall

39 ist, wurde jüngst bei den Ermittlungen zu den Vorfällen sexistischer,  
40 rechtsradikaler, queerfeindlicher und rassistischer Hetze in der Bremer  
41 Feuerwehr und in der aktuellen Debatte um die städtische Wohnungsgesellschaft  
42 BREBAU deutlich.

43 Um strukturellen Rassismus nachhaltig zu bekämpfen, ist es notwendig, sich  
44 ausführlich und (selbst-)kritisch mit der Verteilung von Macht, Ressourcen und  
45 den Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, sowie mit den von Rassismus  
46 und anderen Menschenfeindlichkeiten intersektional beeinträchtigten  
47 Lebensrealitäten zu beschäftigen. Diese Aufgabe ist weder angenehm noch einfach,  
48 weil es voraussetzt, dass wir uns als Gesellschaft, mit unseren Strukturen und  
49 Institutionen, in einem anstrengenden Prozess selbst hinterfragen- und uns  
50 außerdem nachhaltig verändern müssen. Das braucht Zeit. Unser Ziel aus der  
51 daraus erwachsenden Verantwortung ist klar: Um eine Gesellschaft der Vielen zu  
52 ermöglichen, müssen wir die Erfahrungen und Perspektiven von von Rassismus  
53 betroffene Menschen ernst nehmen, Verantwortung für ihren Schutz übernehmen und  
54 mit der selbstkritischen Brille auf Strukturen schauen, die Schwarze Menschen,  
55 Sinti\*zze und Rom\*nja und so viele andere nicht-weiße Personengruppen  
56 benachteiligen. Wie gesagt: Um eine rassismusfreie Gesellschaft zu realisieren,  
57 müssen wir die Praktiken aller Institutionen ehrlich und selbstkritisch  
58 hinterfragen. Dieses Hinterfragen muss dann aber auch mit der Bereitschaft  
59 einhergehen, Strukturen zu verändern. Das betrifft die Polizei, das  
60 Gesundheitssystem, Bildungseinrichtungen, die Feuerwehr und vieles, vieles mehr.  
61 Weil wir wissen, dass wir im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes in  
62 besonderer Verantwortung dafür stehen.

### 63 **Gegen strukturellen Rassismus auf dem Wohnungsmarkt**

64 Auch bei der Wohnungssuche erfahren Menschen aufgrund ihrer (zugeschriebenen)  
65 Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Kultur oder ihrer Sexualität Diskriminierung.  
66 Selten kann diese nachgewiesen werden. Rassistische Diskriminierung am  
67 Wohnungsmarkt ist eine der häufigsten Diskriminierungsformen überhaupt. Oftmals  
68 beginnt diese bereits beim ersten Kontakt mit den potentiellen Vermieter\*innen.  
69 Die Email, die nicht beantwortet wird, weil der Nachname des Absenders  
70 „ausländisch“ klingt. Das Telefonat, welches beendet wird, sobald der oder die  
71 Vermieter\*in mitbekommt, dass die anrufende Person nicht akzentfrei Deutsch  
72 spricht. Ein Kopftuch, das beim Besichtigungstermin getragen wird.

73 Am 20. Mai 2021 wurde bekannt, dass Mitarbeiter\*innen der BREBAU mutmaßlich von  
74 anderen Vorgesetzten in internen Anweisungen dazu angehalten wurden, bestimmte  
75 Merkmale von Wohnungssuchenden, wie Hautfarbe, Deutschkenntnisse, bestimmte  
76 ethnische Hintergründe, aber auch der momentane Wohnort in ärmeren Stadtteilen,  
77 mit Kürzeln in internen Notizen zu vermerken.

78 Eine solche strukturell-rassistische Praxis verurteilen wir aufs Schärfste!

79 Gerade städtische Wohnungsbaugesellschaften sollten überall als Anspruch haben,  
80 insbesondere Menschen, die es auf dem normalen Wohnungsmarkt besonders schwer  
81 haben, in Wohnraum zu vermitteln. Deshalb ist es gut, dass eine lückenlose  
82 Aufklärung durch den externen Sonderermittler Prof. Matthias Stauch bereits  
83 durchgeführt wurde. Die Freistellung der Geschäftsführung und die Einsetzung von  
84 Herrn Staatsrat a. D. Lühr als kommissarische Geschäftsführung waren weitere  
85 wichtige Schritte, um der verantwortungsvollen Position nachzukommen. Es wird  
86 für die Geschäftsführer der BREBAU eine sehr anspruchsvolle und besonders  
87 verantwortungsvolle Aufgabe sein, glaubhafte Schlussfolgerungen aus dem Stauch-

88 Bericht für das operative Geschäft der BREBAU zu ziehen. Nach dem Bericht muss  
89 die Praxis der Wohnungsvergabe auch weiterhin bei der BREBAU überprüft,  
90 Aufklärungsarbeit geleistet und eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen  
91 mit Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche geschaffen werden. Nur so  
92 kann das verloren gegangene Vertrauen vieler Bremer\*innen und die die es werden  
93 wollen in die BREBAU gestärkt werden.

94 Auch wenn der Vorgang um die BREBAU für den Moment aufgeklärt wurde, so bleiben  
95 weiterhin die vielen Erlebnisse von Diskriminierung betroffener auf dem  
96 Wohnungsmarkt.

97 Um diskriminierenden und rassistischen Praktiken auf dem Wohnungsmarkt  
98 vorzubeugen fordern wir deshalb, dass:

- 99 • Immobilienunternehmen, Eigentümer\*innengemeinschaften und Hausverwaltungen  
100 sich des Themas aktiv annehmen. Der beste Schutz gegen Diskriminierung ist  
101 das aktive Hinterfragen der eigenen Strukturen.
- 102 • das "Bündnis für Wohnen Bremen", das aus öffentlichen und privaten  
103 Akteur\*innen besteht, sich mit der Erstellung einer  
104 Selbstverpflichtung/Charta oder einem Compliance-Kodex zu Antirassismus  
105 bzw. Antidiskriminierung in ihrem Geschäftsbetrieb verpflichtet. Dabei ist  
106 die Einbeziehung von Wohnungsverwaltungsgesellschaften und  
107 Makler\*innenbüros bzw. deren Fachverbände unerlässlich. Auch wenn die  
108 Unterzeichnung von Leitlinien nur einen „Appellcharakter“ hat, ist es ein  
109 wichtiger Schritt zur freiwilligen Selbstverpflichtung.
- 110 • antirassistische und kulturelle Sensibilisierung für Hausverwalter\*innen  
111 und Mitarbeiter\*innen in Wohnungsunternehmen - gerade auch auf der Ebene  
112 der mittleren Mitarbeiter\*innen - durchgeführt wird. (Eine [Studie](#) des  
113 Bundes zeigt, zumindest in Fokusgruppen in Berlin und Nürnberg, dass die  
114 Sensibilisierung der mittleren Mitarbeiter\*innenebene entscheidend ist, um  
115 Diskriminierung wirklich zu begegnen.)

116 Dazu gehört auch, die Repräsentation von BI\*POC auf der höheren bzw mittleren  
117 Mitarbeiter\*innenebene zu fördern. Das bedeutet, Bi\*PoC gezielt dort  
118 einzustellen, bzw. beim Bewerber\*innen-Auswahlverfahren zu berücksichtigen und  
119 Diversität zu fördern. Frei nach dem Motto: Bremen ist bunt, die  
120 Geschäftsführung muss es noch werden.

- 121 • dass die neu geschaffene Landesantidiskriminierungsstelle von  
122 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt Betroffene Menschen unterstützt und  
123 über ihre Rechte aufklärt.
- 124 • ein ausgeweiteter "Whistleblower"-Schutz für Betroffene und  
125 Mitarbeiter\*innen geschaffen wird, damit es in Zukunft schneller und  
126 leichter möglich ist, verdeckte Strukturen aufzudecken z.B. über ein  
127 Anonymes Meldeportal
- 128 • Beratungsstellen und Vereine, die z. B. interkulturelles  
129 Konfliktmanagement trainieren oder Mediation anbieten gestärkt und deren  
130 Angebote ausgebaut werden.



- 131
- 132
- 133
- 134
- mehr öffentlich geförderter Wohnungsraum geschaffen wird. Es ist gut und wichtig, dass Bremen sich in den vergangenen Jahren verstärkt auf den Weg gemacht hat und durch die BREBAU und GEWOBA selbst aktiv ist, um erschwingliche Mieten für mehr Bremer\*innen zu ermöglichen.
- 135
- das Vorhaben, Heterogenität bezogen auf mehrere Merkmale (sozioökonomische Ausstattung, Alter, Bildung, ethnischer Hintergrund, Religion) zum Kriterium der Stadtentwicklung gemacht wird(im Gegensatz zu einer ökonomisch orientierten Aufwertung einzelner Stadtteile) und transparent und reflektiert umgesetzt wird. Auch bei diesem stadtplanerischen Prozess ist es von zentraler Bedeutung BI\*PoC, also selbst betroffene Menschen, zu beteiligen.
- 136
- 137
- 138
- 139
- 140
- 141

## Unterstützer\*innen

Sahhanim Görgü-Philipp ; Alexandra Werwath ; Florian Kommer ; Maike-Sophie Mittelstädt ; Franziska Tell ; Kristina Kötterheinrich ; Simon Metzger ; Stina Reichardt ; Sona Terlohr